

Die Palästina-Solidarität für die neuen und größeren Aufgaben rüsten

No pasarán – alles tun, um den israelischen Völkermord an den Palästinenserinnen und Palästinensern zu beenden

Gründungsdokument der Initiative Palästina Solidarität

Der akute, seit mehr als einem Jahr anhaltende Völkermord in Palästina hat zu einem weltweiten Aufschrei und damit auch zu einem Anwachsen der Solidaritätsbewegung geführt. Diese Veränderung in der Bewegung führt auch in Österreich dazu, dass wir im Rahmen des Bündnisses Palästina Solidarität Österreich die Strukturen der Mitsprache und der Entscheidungsfindung auf eine qualitativ neue Ebene bringen müssen.

Der Kontext

1) Gaza als weltweites Symbol des Widerstands

Der gegenwärtige akute Völkermord, den Israel an den Palästinenserinnen und Palästinensern begeht, hat die Welt in vielfacher Hinsicht aufgewühlt. Zuallererst hat das palästinensische Volk gezeigt, dass Widerstand unter den unvorstellbarsten Bedingungen möglich ist. Es hat praktisch bewiesen, dass selbst die geballte Macht des imperialistischen Westens und die Bereitschaft zu unmenschlichen Grausamkeiten es nicht fertigbringen, ihren Widerstand zu brechen. Es ist ein unfassbarer Kampf „David gegen Goliath“ für die Menschlichkeit.

Dieser Widerstand hat eine globale Solidaritätsbewegung hervorgerufen, wie früher für die Befreiungskämpfe in Vietnam, Chile, Nikaragua oder Südafrika.

Im globalen Süden ist diese Solidarität so stark, dass viele der Staaten sie mittragen (müssen), obwohl sie in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Westen stehen. Speerspitze ist die Republik Südafrika, die sich selbst von der weißen Apartheid befreit hat und die damals empfangene Solidarität nun erwidert. Ihrer Völkermord-Klage gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof haben sich bereits mehrere Staaten, vor allem des globalen Südens, angeschlossen. Damit werden internationale Rechtsinstitutionen, die häufig gebildet wurden, um unter dem Deckmantel der Menschenrechte imperialistische Interessen durchzusetzen, beim Wort genommen. Die USA und Israel haben wohlweislich diese nie für sich selbst anerkannt. Sie regierten immer mit doppelten Standards, die auch in vielen europäischen Staaten zunehmend gelten und gegen den globalen Süden durchgesetzt werden. Wenn die Herrschenden der „regelbasierten Welt“ ihre eigenen Regeln in den Wind schlagen, führt das einerseits zum Einflussverlust und andererseits zur Rehabilitierung von Herrschaft durch nackte Gewalt. Es sind Zeichen der Eskalation.

Fast alle westlichen Staaten sind Komplizen des Völkermords an der palästinensischen Bevölkerung oder unterstützen ihn aktiv, beispielsweise durch Waffenlieferungen, durch die politische Unterstützung Israels und durch Aushungerung der Menschen in Gaza mittels der Einschränkung der Hilfszahlungen an die UNWRA. Die ganze Welt weiß, dass ohne Beteiligung der westlichen Führungsmacht USA dieses Menschheitsverbrechen gar nicht möglich wäre. Doch auch im Westen gibt es eine wachsende Palästina-Solidarität. Als immer schaler und verlogener wird das Gerede der kapitalistischen Eliten von den „westlichen Werten“, von Demokratie, Menschenrechten, Freiheit etc. wahrgenommen, weit über die Palästina-Solidarität hinaus. Genauso stößt vielen der zynische Missbrauch des Erbes des Antifaschismus durch die Eliten für einen neuerlichen Völkermord auf. Immer öfter greifen die Regierenden immer offener zu immer autoritäreren Maßnahmen, um die demokratische Opposition und Friedensaktivisten und -aktivistinnen zu unterdrücken (und en passant auch die soziale Opposition zu treffen). Doch die Oppositionen wachsen in den unterschiedlichsten Formen immer weiter an. Selbst EU-Staaten wie Irland oder Spanien haben sich bereits kritisch zum israelischen Völkermord geäußert, was auch veränderte interne Kräfteverhältnisse reflektiert.

Gaza ist zu einem globalen Symbol für den Widerstand gegen eine zutiefst ungerechte und unhaltbare kapitalistische Weltordnung geworden, die sich selbst trotz dieser Widersprüche als moralisch überlegen wähnt. Und dieser Widerspruch wird immer größer. Palästina ist der Kristallisationspunkt für eine demokratische Alternative, basierend auf Selbstbestimmung. Wer nicht für Palästina eintritt, kann es nicht ehrlich meinen. Die Beteiligung an der globalen Front, gegen den israelischen Völkermord, ist der Lackmустest für moralische Integrität und reale Opposition zum globalen Kapitalismus geworden.

2) Auch in Österreich: Palästina-Solidarität auf ganz neuem Niveau

Seit den 1970er Jahren gibt es auch in Österreich durchgehend eine Palästina-Solidaritätsbewegung, auch wenn es nach der Wende 1989/91 schwere Rückschläge gab. Die Dienstbarmachung des Antifaschismus durch den Zionismus und die Integration erheblicher Teile der historischen Linken in das neoliberale Regime, die Hand in Hand gingen, hat die Palästina-Solidarität zwar marginalisiert, aber nie ganz zum Schweigen bringen können. Nach 9/11 ist die Islamfeindlichkeit, quasi als neue Querfront-Ideologie linksliberaler und rechter Kräfte, entwickelt worden, mittels derer nicht nur die Unzufriedenheit der unteren Schichten auf ein Feindbild gelenkt wird, sondern auch demokratische Grundrechte abgebaut und die Palästina-Solidarität kleingehalten werden konnten.

Wer am Antikolonialismus und am Kampf gegen die Apartheid in Palästina festhielt und die vom Westen propagierte Zweistaatenlösung nicht akzeptieren wollte, dem wurde Terrorismus vorgeworfen bzw. eine Nähe zum „Islamismus“/ „Politischen Islam“ unterstellt und der/die wurde isoliert. (Dabei war die „Lösung“ in mehrfacher Hinsicht eine Chimäre: Israel hat sie nie ernsthaft gewollt, auch nicht im Oslo-Prozess.

Sie musste genau deshalb scheitern, weil sie strukturell ungerecht auf koloniale Vertreibung und rassistischer nationaler Reinheit aufbaut. Und auch dem transatlantischen Zentrum fehlte der tatsächliche Umsetzungswille).

Bei den Wahlen 2006 gewann die islamisch-palästinensische Widerstandsorganisation Hamas die absolute Mehrheit der Mandate im gesamtpalästinensischen Legislativrat. Israel, der Westen und auch die Palästinensische Autonomiebehörde, de facto eine Bantustan-Verwaltung im Dienst des Zionismus, akzeptierten das demokratische Votum nicht. Nach der verhinderten Bildung einer Gesamtregierung unter der Führung der Hamas, setzte sich die PA putschartig im Westjordanland durch. In Gaza hingegen versuchte die unterlegene Fatah in Absprache mit Israel und den USA mit Waffen, die teilweise aus Ägypten eingeschmuggelt worden waren, einen Putsch gegen die legitime Hamas-Regierung zu organisieren, dem aber die Hamas zuvorkam. Israel reagierte mit der bis heute andauernden Hungerblockade gegen Gaza – eine klassische völkerrechtswidrige Kollektivstrafe. Wir gründeten damals das Bündnis „Gaza muss leben“, das einige wichtige Initiativen organisieren konnte, jedoch vom System und seinen Medien mit aller Härte ausgegrenzt und bekämpft wurde. Einige aus der traditionellen Palästina-Solidaritätsbewegung gingen da mit uns nicht mit. Wir hielten jedoch daran fest, dass Widerstand gegen fremde Besatzung auch nach Völkerrecht legitim ist, auch in bewaffneter Form. Das Freiluftgefängnis Gaza durfte und darf nicht akzeptiert werden.

Mit dem syrischen Bürgerkrieg erlitt die Palästina-Solidarität eine weitere Spaltung, deren Unterstützer und Unterstützerinnen sich auf beiden Seiten befanden.

2019 gelang es dann wieder, fast die gesamte Bewegung in dem Bündnis „Palästina Solidarität Österreich“ (PSÖ) zu vereinigen. Immer wenn Israel Massaker veranstaltete oder bombardierte, kam es zu großen Mobilisierungen. Sonst blieb die Palästina-Solidarität weiter isoliert.

Die israelische Radikalisierung vom schleichenden zum akuten Völkermord in Gaza ab Oktober 2023 führte zu einer noch nie dagewesenen Bewegung. In Wien wurde fast ein Jahr lang wöchentlich demonstriert. Die Bewegung breitete sich auch auf die Bundesländer aus. Überall gründeten sich neue Initiativen, auch an den Universitäten, wo die neoliberale, pro-zionistische Ideologie und die gleichzeitige Delegitimierung pro-palästinensischer Aktivitäten mit dem Vorwurf des Antisemitismus besonders tief verankert worden waren. Das erste Mal seit vielen Jahren schlossen sich auch hörbar und sichtbar jüdische Menschen der Palästina-Bewegung an. Wir beteiligten uns sogar in Form der „Liste GAZA – Stimmen gegen den Völkermord“ an den Nationalratswahlen 2024.

Viele neue Gruppen schlossen sich PSÖ an, die zu einem in praktisch allen Bundesländern verankerten Bündnis gewachsen ist.

3) Neue politische Rolle der PSÖ

In der Zeit des extremen Drucks und der äußersten Marginalisierung vor 2023 war es wichtig, möglichst alle Gruppen der Solidaritätsbewegung zum gemeinsamen Auftreten zu vereinigen – was nicht ausschloss, dass die Gruppen auch ihre selbständigen Aktionen betrieben.

Heute stellt sich die Situation anders da. Es gibt überall Initiativen, viele von ihnen spontan und kurzlebig. Diese sind neu, haben keine Vorgeschichte, wenig Erfahrung und lassen sich von unterschiedlichen Vorstellungen leiten. Das ist ein gutes Zeichen, denn es zeigt, dass neue Milieus und gesellschaftliche Bereiche in Bewegung kommen, die bisher in Bezug auf Palästina passiv geblieben waren. Mit ihnen wollen und müssen wir Kontakt aufbauen, Kooperation anbieten und entwickeln. Aber für ein organisiertes und strukturiertes Bündnis, wie es PSÖ ist, reicht das (noch) nicht aus.

Hinzu kommt, dass uns durch die neue gesellschaftliche Rolle und Sichtbarkeit als Bündnis Palästina Solidarität Österreich viel mehr Verantwortung zukommt. Wir müssen uns für die Einheit und Zusammenarbeit der Bewegung einsetzen, wir müssen uns um die gesellschaftliche Vermittlung unserer Positionen kümmern und neue Partner suchen und entwickeln. Wir müssen helfen, die Bewegung gegen die zunehmende Repression zu verteidigen. Das sind große politische Herausforderungen, die politische Festigkeit, Erfahrung und auch taktisches Geschick erfordern.

Der zunehmende Widerspruch gegen den Völkermord und das System, das diesen ermöglicht, die Repression gegen Aktivist*innen und der Versuch ihrer Isolation sind Teilaspekt der zunehmenden Krise der politischen Herrschaftssysteme im Westen. Diese Krise äußert sich jedoch in allerlei Pirouetten und Widersprüchlichkeiten: Beispielsweise tritt die FPÖ, die sich als Oppositionskraft präsentiert, zum einen als Speerspitze gegen den Islam und muslimische Menschen auf, als Urheberin neuer xenophober Feindbilder, womit sie sich auch gegen den palästinensischen Widerstand richtet. Zugleich tritt sie auch als Verteidigerin der Neutralität auf, welche jedoch ein entscheidendes Instrument ist, um die offizielle Parteinahme der österreichischen Eliten für den israelischen Völkermord anzuklagen. Dieser Widerspruch will bearbeitet werden.

4) PSÖ als Bündnis mit seinen Beschränkungen

Die Palästina Solidarität Österreich (PSÖ) ist ein auf dem Konsensprinzip beruhendes Bündnis. Ihre konstitutiven Teile sind die Mitgliedsorganisationen, und nicht einzelne Aktivist*innen und individuelle Mitglieder.

Gleichzeitig gibt es viele Menschen in der Solidaritätsbewegung, die neu dazugestoßen sind, sich gerade politisieren und eine politische Heimat für ihren sich entwickelnden Aktivismus suchen. Dafür haben wir als PSÖ nicht die Strukturen, sondern lediglich die einzelnen Mitgliedsorganisationen.

Zugleich ist es vor allem PSÖ, die gesellschaftlich sichtbar ist, für die sich neue Menschen engagieren wollen. Die Positionen der einzelnen Mitgliedsgruppen sind vielen nicht bekannt und können von außen schwer differenziert werden. Die Menschen, die

sich neu engagieren, verlangen nach möglichst großer Zusammenarbeit, Einheit – sie wollen das Bündnis.

Unsere Aufgabe besteht also auch darin, den zahlreichen neuen Aktivist*innen einen Ort, eine Plattform zu bieten, wo sie im Rahmen der Palästina-Solidarität aktiv sein können, ohne die Form des Bündnisses in Frage zu stellen.

5) Initiative Palästina Solidarität (IPS) als Mitgliedsorganisation

Im Winter 2023/24 gründeten wir die Initiative Palästina Solidarität im Rahmen von PSÖ, um dem neuen Aktivismus Raum und Unterstützung zu geben. Monatlang waren die Treffen gesteckt voll. Der Strom der neuen Teilnehmer*innen riss nicht ab. Doch wenige konnten im Rahmen der Initiative tatsächlichen Aktivismus entfalten. Es fehlte die Kontinuität und die Stabilität in der Gruppe und damit die Struktur, in der sie ihren eigenen Aktivismus entwickeln konnten. Auf diese Weise konnte unser Aktionsrahmen kaum ausgeweitet werden.

Es geht nun darum, IPS als Mitgliedsorganisation zu entwickeln, mit einem klaren Programm, klaren Kriterien der Mitgliedschaft und der Mitbestimmung.

Die inhaltlichen Grundsätze von IPS und PSÖ sind ident. Hier die Grundlagen von PSÖ:

<https://www.palaestinasolidaritaet.at/text/>

Ziel der Konstituierung von IPS als Mitgliedsorganisation in PSÖ ist es, das Bündnis PSÖ zu entwickeln und es wachsen zu lassen sowie als Motor zu dienen, der im Sinne der Gesamtbewegung agiert.

Es geht darum, die Erfahrungen der laufenden Bewegung zu verarbeiten und die Prinzipien so auszuformulieren und zu detaillieren, dass wir im Sinne von PSÖ voll handlungsfähig werden.

Politische Grundsatzerklärung

Initiative Palästina Solidarität

1) Antizionismus

Der israelische Siedlerkolonialismus ist die Wurzel des Übels in Palästina. Das ist die historisch-praktische Schlussfolgerung des letzten Jahrhunderts. Weiße europäische Siedler, unterstützt vom anglosächsischen Imperialismus, haben sich in Palästina festgesetzt und versuchen systematisch der ursprünglichen Bevölkerung das Land mit all seinen Ressourcen wegzunehmen, sie zu vertreiben, sie zu töten – die Palästinenser*innen und Palästinenser als Volk und als Nation auszulöschen und durch ihre neu geschaffene ethnisch rein jüdisch definierte Nation zu ersetzen. Jene, die doch geblieben sind und Widerstand leisten, werden einem Apartheidregime unterworfen, das – wie

Erzbischof Desmond Tutu nach einem Besuch in Palästina feststellte – viel schlimmer ist als der Namensgeber in Südafrika, weil das Ziel nicht Ausbeutung, sondern Vertreibung und Vernichtung sind. Bei sich bietender Gelegenheit, wie etwa im Sechstagekrieg 1967, eskalieren die zionistischen Rassisten ihren Alleinherrschaftsanspruch auf ganz Palästina. Gaza zeigt aktuell, dass sie dabei auch vor Völkermord nicht zurückschrecken. Dass Israel bis heute seine Grenzen nicht festgelegt, offenbart – in jedem Wortsinn – die Vermessenheit der zionistischen Ideologie. Die Gesellschaftsmehrheit in Israel lebt in einem unreflektierten Verblendungszusammenhang aus ethno-nationalistischem Überlegenheitsdünkel und ständig bedrohter Wagenburg, aus dem heraus sie sich letztlich gezwungen glaubt, die ganze Region für sich beanspruchen und permanent mit Krieg überziehen zu müssen.

Dabei bewegt sich diese Fortsetzung und Verhärtung des europäischen Kolonialismus gegen den Strom der Zeit. Die Kämpfe der Arbeiterbewegung, die nationalen Befreiungsbewegungen und die sozialistischen Versuche im Gefolge der katastrophalen Weltkriege haben den kapitalistischen Imperialismus dazu gezwungen, auf „indirect rule“ (ein Ausdruck des britischen Empires) zu setzen. Sie haben die Entkolonialisierung zulassen müssen, wenn auch mit dem Versuch, sie möglichst formal zu halten. Es handelt sich um Neokolonialismus.

Einzig in Palästina ist der imperialistische Westen, zunächst unter britischer und dann unter Führung der USA, beim kolonialen Siedlerkolonialismus mit der größtmöglichen Brutalität und Unmenschlichkeit geblieben. Denn der eigentliche Grund für die totale Unterstützung des Terrorstaats Israel ist dessen Nutzung als direkter, imperialistischer Vorposten zur Kontrolle der arabischen Welt.

Jene, die die politischen Ziele der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ sowie genauso die der Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung ernst nehmen, die einem religiös motivierten Anspruch folgen, dem Wohl aller Menschen zu dienen; die sich von einer elementaren menschlichen Moral leiten lassen, müssen sich gegen die Ideologie und Praxis des Zionismus wenden. Denn zionistische Ideologie und Praxis bedeuten Rassismus, koloniale Gewalt, die Trennung in „Herren- und Untermenschen“, eine Form von Apartheid und Faschismus, kurz die Negation der Menschlichkeit.

2) Missbrauch des Völkermords an den Jüdinnen und Juden (Holocaust) für den Völkermord an den Palästinenserinnen und Palästinensern (Nakba)

Wie ist dieser permanente Exzess möglich, während der Westen ständig die Menschenrechte im Munde führt? Wie schaffen sie es, diesen diametralen Gegensatz zu verdecken?

Die zentrale Legitimation Israels ist die Zurichtung und Kanonisierung des Holocaust in ein unantastbares und hermetisches, auf das jüdische Opferkollektiv exklusiv eingegrenztes Narrativ. Aus der Vernichtung des europäischen Judentums durch die Nazis wird vom Zionismus das Recht abgeleitet, die Palästinenserinnen und Palästinenser

zu vernichten und sich ihr Land anzueignen. Wer das nicht akzeptiert, der sei – so führen es die Zionisten und Zionistinnen und ihre Verbündeten im Mund – antisemitisch und wolle bzw. billige einen neuen Holocaust. Und wenn jene demokratisch gesinnten Menschen, die den Zionismus kritisieren, selbst jüdische Wurzeln haben, dann wird diesen umgehend „Selbsthass“ attestiert und sie werden als „jüdische Antisemiten“ diffamiert.

Der Zionismus entstand im Zuge des Aufstiegs von rassistischen Nationalismen im ausgehenden 19. Jahrhundert, mit ihrem Suprematismus und Willen zur Vernichtung der anderen, blankem Kolonialismus und Imperialismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg mit seinen Schrecken und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wäre das in seiner direkten Form nicht durchsetzbar gewesen. Daher wurde Israel als einziger sicherer und legitimer Zufluchtsort für Juden und Jüdinnen vor einem überhistorischen Antisemitismus inszeniert. Der Siedlerkolonialismus wird als „antifaschistischer Akt“ verkauft. Die universelle Botschaft des Antifaschismus aber, gegen jegliche Form des Imperialismus, des Rassismus und der Unterdrückung einzustehen und für Gleichheit und Demokratie zu kämpfen, wird um 180 Grad gewendet.

Die grundlegende Operation des Zionismus ist es, die universelle Idee der gleichen Rechte für alle, der Demokratie und der Selbstbestimmung zu pervertieren – und nur exklusiv für sich selbst in Anspruch zu nehmen. Daher die so wichtige Mär von der „einzigen Demokratie des Nahen Ostens“.

Dabei versuchen die Zionisten und Zionistinnen das Judentum in Geiselschaft zu nehmen und allen Juden und Jüdinnen die Verantwortung für den Völkermord an den Palästinenserinnen und Palästinensern zu überantworten, verkleidet als Kampf gegen den Antisemitismus. Unter der jüdischen Bevölkerung in der ganzen Welt gibt es daher eine wachsende Absetzbewegung vom Zionismus, die so stark ist wie nie zuvor. Ihr Ruf lautet: „Nicht in unserem Namen!“ und „Nie wieder muss für alle gelten!“ In einigen Ländern ist die Bewegung dabei, zur Mehrheit zu werden. Nur in Israel selbst nicht, das sich im Paroxysmus des Völkermords befindet und die Opposition dagegen zum Schweigen zu bringen versucht – was ihnen selbst dort nicht ganz gelingt.

Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die der Zionismus im Namen des Judentums begeht, schaffen etwas wie eine sekundäre Judenfeindlichkeit. Der Zionismus hat den Antisemitismus immer instrumentalisiert, weil er als Argument für die Auswanderung nach Israel diente. Sowohl der Antisemitismus als auch der Zionismus schreiben Juden und Jüdinnen eine radikale Andersartigkeit zu. (Die Ähnlichkeit des Menschenbilds zeigt sich frappant insbesondere bei dem in den USA sehr mächtigen christlichen Zionismus, wo Antisemitismus und Unterstützung für Israel in Eines fallen.) Diese Andersartigkeit begründet im Zionismus den Anspruch auf den exklusiv jüdischen Staat und dass Juden und Jüdinnen nicht gemeinsam mit anderen Identitätskollektiven (wie beispielsweise Religionsgemeinschaften) gleichberechtigt in einem demokratischen Staatswesen zusammenleben könnten. Doch genau das ist das Ziel der Aufklärung, der allgemeinen Menschenrechte und der gesellschaftlichen Emanzipation.

Es sei darauf hingewiesen, dass gerade in der arabischen und islamischen Welt Juden und Jüdinnen über Jahrhunderte im besten Einvernehmen mit muslimischen Men-

schen lebten und dort oft vor dem christlichen Antisemitismus in Europa Schutz suchten.

Der Zionismus ist daher nicht nur eine Katastrophe für die Palästinenserinnen und Palästinenser, sondern auch für das Judentum selbst und jüdische Menschen, denen vom Zionismus durch seinen Anspruch, alle Juden und Jüdinnen zu vertreten, kollektiv eine Komplizenschaft und eine Verantwortung für Vertreibung und Vernichtung zugemutet wird.

3) Widerstand und Selbstbestimmung

Die globale Bedeutung Palästinas für den Widerstand gegen den US-geführten Westen rührt daher, dass das palästinensische Volk nie aufgehört hat, Widerstand gegen seine Vernichtung zu leisten – selbst unter den widrigsten Bedingungen des Völkermords, so wie wir sie heute sehen. Widerstand gegen die Vertreibung und Vernichtung ist das einzige Mittel, das es gegen den Zionismus gibt. Das schließt den bewaffneten Kampf ein, wie ihn auch das Völkerrecht als legitim ansieht. Auch wenn insbesondere die militärischen Mittel strukturell völlig ungleich sind, so ist doch die politische Wirkung dieses anhaltenden Widerstands auf die palästinensische Gesellschaft, auf die arabisch-islamische Region, auf den globalen Süden und die Welt enorm.

Der Widerstand ist gerecht und völkerrechtlich legitim. Er trifft auf die Solidarität eines Großteils der Weltbevölkerung insbesondere im globalen Süden, wo man ebenso den US-geführten Westen als zentralen Feind ansieht. Und natürlich sind wir als demokratische und soziale Opposition im Westen solidarisch mit dem palästinensischen Widerstand, auch wenn uns unsere Herrschenden mundtot zu machen versuchen. Es geht um das grundlegende demokratische Recht auf kollektive nationale Selbstbestimmung einer indigenen Bevölkerung gegen eine zutiefst ungleiche und ungerechte kapitalistisch-imperialistische Weltordnung.

4) Alternativen zum Zionismus

Doch was ist die Alternative zum Zionismus, zumal ja dieser auf die unerschütterliche Unterstützung des Zentrums der Weltordnung, die USA, setzen kann?

Zunächst ist die Macht der USA nicht unendlich. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Entwicklung in Richtung einer mehr multipolaren Welt unaufhaltsam ist, selbst wenn die USA die Welt und gemeinsam mit Israel die Region mit permanentem Krieg überziehen. Keiner dieser Kriege konnte von ihnen gewonnen werden, auch wenn die USA und Israel militärische Teilerfolge erzielen konnten. Überall hat sich Widerstand formiert und die politische Herrschaft der USA wurde geschwächt. Mehrere Pole, selbst wenn sie mit den USA nicht gleichwertig sind, werden mehr Spielraum sowohl für die Staaten als auch für die Volksbewegungen schaffen. Diese veränderte Konstellation kann auch zu einer Schwächung Israels bzw. des Zionismus führen.

Dazu kommt, dass die imperialistischen Länder nicht monolithisch sind. Die Opposition zu den elitären Herrschaftsstrukturen und ihren politischen Repräsentanten, ihren

Handlugen und ihrer Ideologie wird auch in diesen Ländern immer stärker, einschließlich zur Ideologie des Zionismus. Daraus können sich unvorhergesehene Konstellation zugunsten der Palästinenserinnen und Palästinenser ergeben.

Kein Kompromiss mit dem Zionismus kann demokratisch sein, denn dieser bedeutet immer und strukturell Apartheid, Kolonialismus und Vertreibung. Schon die Gründung Israels verletzte das Selbstbestimmungsrecht grundlegend: Der UN-Teilungsbeschluss vom 29. November 1947 hatte ein zutiefst kolonialistisches Gepräge. Die einheimische palästinensische Bevölkerung wurde nicht einmal gefragt, während die arabischen Staaten alle dagegen stimmten. Die UN-Vollversammlung hatte damals 57 Mitglieder. Von den heute 53 souveränen Staaten Afrikas waren damals aber nur vier Staaten stimmberechtigt (Ägypten, Äthiopien, das von den USA abhängige Liberia und das rassistisch regierte Südafrika). Für die Abermillionen kolonialistisch unterdrückter Menschen des Kontinents stimmten ihre europäischen Kolonialmächte. Und dann ist da noch das in der UN-Resolution 194 festgehaltene Recht auf Rückkehr aller Vertriebenen, einschließlich ihrer Nachkommen. Das kann der Zionismus niemals akzeptieren, denn das weicht das Prinzip der ethnischen Exklusivität, auf das Israel aufgebaut ist, auf.

Es ist nicht unsere Aufgabe, ein Staatswesen für Palästina zu konzipieren. Das wird die dort lebende Bevölkerung, das werden die Palästinenser und Palästinenserinnen in Ausübung ihrer Selbstbestimmung selbst machen. Doch wir können Beispiele heranziehen und wir können Präferenzen äußern, die die Zersetzung des Zionismus erleichtern. Denn es ist sehr wohl unsere Aufgabe, die imperialistische Unterstützung für den Zionismus zu bekämpfen.

Das große Vorbild und Beispiel ist natürlich Südafrika, auch wenn keine Analogie vollständig ist und sein kann. Dort wurde – unterstützt durch eine internationale Solidaritätsbewegung – die Apartheid der weißen Siedler durch einen langjährigen Befreiungskampf überwunden. In Form eines gemeinsamen, zumindest formal demokratischen Staates wurde das Prinzip „one man, one vote“ durchgesetzt. Die kolonialen Siedlerinnen und Siedler konnten bleiben, mussten aber die Demokratie akzeptieren, in der sie eine Minderheit bilden. Das große Problem dabei: die enorme soziale Ungleichheit ist erhalten geblieben und damit auch die Konzentration der realen ökonomischen Macht in den Händen der weißen Minderheit.

Entscheidend für die politische Marginalisierung des Zionismus ist es jedenfalls, klarzumachen, dass die jüdische Bevölkerung bleiben kann, wenn sie wie in Südafrika auf die Apartheid verzichtet und ein demokratisches Staatswesen akzeptiert. Das schließt natürlich das Recht auf Rückkehr der Nachkommen der Flüchtlinge ein, was die palästinensische Bevölkerung wie die schwarze Bevölkerung in Südafrika zur Mehrheit machen würde. So kann das falsche und vorgeschobene Argument des Zionismus, dass er die Juden schützen würde, entkräftet werden. Denn in Wirklichkeit gefährdet er die Juden und Jüdinnen, während das demokratische, gleichberechtigte und friedliche Zusammenleben mit der palästinensischen Bevölkerung und die Beendigung des Zionismus der einzige dauerhaft wirksame Schutz für die Juden und Jüdinnen ist. Als Gleiche unter Gleichen.

5) Wir sind eine österreichische Bewegung

Als Solidaritätsbewegung geht es uns darum in der österreichischen Gesellschaft Einfluss zu nehmen, die Kräfteverhältnisse zu verschieben und so viel Druck auszuüben, dass die Regierung und die Herrschenden ihre Unterstützung für den Völkermord-Staat Israel einstellen oder zumindest reduzieren müssen.

Es ist klar, dass die österreichischen Eliten fest in den westlichen Imperialismus eingebunden und Teil desselben sind und sie auch nicht die notwendige Souveränität haben. Dennoch, wir erheben unsere Forderungen ihnen gegenüber, auch um sie zu schwächen und dazu beizutragen, sie letztlich von der Macht zu entfernen. Für einen Politikwechsel haben sie sich als unwillig und unfähig erwiesen.

Uns ist ebenso klar, dass das Palästina-Thema allein dazu nicht ausreicht. Aber es kann einen großen Beitrag leisten im Kampf gegen den neoliberalen globalen Kapitalismus, geführt vom US-Imperialismus. Nur mittels dessen Schwächung werden die Spielräume für den antiimperialistischen Widerstand und für Befreiungskämpfe größer. Das gilt ganz offensichtlich und im besonderen Maß für jenen des palästinensischen Volkes.

Als IPS und PSÖ ist es nicht unsere Aufgabe, uns in all den sich aufwerfenden Fragen zu engagieren. Viele müssen sogar ausgespart bleiben, um die Zusammenarbeit unterschiedlicher Kräfte zu ermöglichen. Gleichzeitig bedarf es der Kooperationen und Erweiterungen weit über unseren bisherigen Aktionskreis hinaus, zumal die Gesellschaft in Bewegung geraten ist, das zionistische Narrativ an Überzeugung eingebüßt hat und sich auch in der Zivilgesellschaft etwas tut, selbst wenn sie insgesamt systemisch eingebunden bleibt. Wenn die Stoß- und Bewegungsrichtung zugunsten der palästinensischen Rechte verläuft und unsere antizionistische Position nicht unterdrückt wird, dann ist auch eine anlassbezogene Zusammenarbeit zu ausgewählten Themen mit Kräften denkbar und notwendig, die (noch) nicht antizionistisch sind.

Zudem gibt es mit der Palästina-Solidarität eng verwandte und verbundene Fragen, wo Bündnisse unbedingt notwendig sind. Das gilt für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte, die in Österreich derzeit systematisch abgebaut werden, wesentlich auch, um antizionistische und palästina-solidarische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Das gilt für die Neutralität, die in der österreichischen Bevölkerung als friedenspolitisches Instrument breite Zustimmung findet und auf deren Basis wir auf die Herrschenden Druck aufbauen können, ihre Unterstützung für den israelischen Völkermord zurückzunehmen. Und dann gibt es noch den Kampf gegen die Islamfeindlichkeit, mit der von den Herrschenden ein inneres wie äußeres Feindbild produziert wird. Damit soll auch die Solidarität mit Palästina diffamiert, isoliert und kriminalisiert werden.

Die an den USA orientierten, kapitalistischen Eliten in Österreich und der EU versuchen ein autoritäres Kriegsregime mit der dazugehörigen Aufrüstung voranzutreiben und grundlegende demokratische Errungenschaften, so wie sie in der Verfassung verankert sind, aufzuheben. Als Palästina-Solidarität müssen wir uns an den Initiativen zur Verteidigung der verfassungsgemäßen Grundrechte beteiligen und uns gegen den schleichen Staatsstreich zusammenschließen.

6) Demokratische Grundrechte

Zumindest seit 9/11 stehen die demokratischen Grundrechte, wie die Meinungsfreiheit und das Demonstrationsrecht, unter Dauerbeschuss. Wichtigstes Einfallstor war und ist die breit angelegte Kampagne gegen Muslime und Musliminnen als vermeintliche Feinde der Demokratie und Terroristen, wobei der palästinensische Widerstand damit natürlich mitgemeint ist. Aber dabei bleibt es nicht. In Österreich wurden auch die Tierschützerinnen und Tierschützer verfolgt. Wer nicht strafrechtlich verfolgt wurde, den traf die gesellschaftliche Delegitimierung, etwa jene Personen, die Corona-Maßnahmen kritisierten und jene, die Frieden mit Russland wollen.

Übergreifend tendieren die Herrschenden dazu, die Kritikerinnen und Kritiker, Andersdenkende in die Nähe des Nationalsozialismus und Antisemitismus zu rücken und die Repression auf diese Weise zu legitimieren. Der Antifaschismus wird nicht nur für den israelischen Völkermord in Dienst genommen, sondern um überhaupt die Grundrechte in Österreich auszuhebeln.

Wir sprechen aus Erfahrung. Die österreichische Palästina-Solidaritätsbewegung war seit dem Oktober 2023 mit verschiedenen gesellschaftlichen, politischen, administrativen und justiziellen Repressionsmaßnahmen konfrontiert: öffentliche Kundgebungen wurden von vorneherein untersagt oder nachträglich aufgelöst, Uni-Camps wurden geräumt, politische Slogans kriminalisiert, Konten gesperrt usw.

Dagegen müssen wir uns auf breiter Front zusammenschließen. Die Leute müssen verstehen, dass die Solidarität mit Palästina und die muslimische Bevölkerung als neues Feindbild zur Durchsetzung antidemokratischer Maßnahmen das Hauptziel der Repression sind. Sind die Grundrechte einmal durchlöchert, können sie universell gegen die demokratische Meinungsäußerung und gegen die Opposition zu den Eliten eingesetzt werden. Auch wenn das Ressentiment das oft behindert oder erschwert, wir müssen alle, auch die nicht notwendigerweise auf Seiten der Palästinenserinnen und Palästinenser stehen, von einer demokratischen Front zur Verteidigung der verfassungsgemäßen Grundrechte überzeugen, die das Recht, für die Rechte der Palästinenser und Palästinenserinnen einzutreten, diese zu verteidigen und gegen Apartheid und Unterdrückung einzustehen, notwendigerweise einschließt. Das wird das Verständnis für die Rechte sowohl der Palästinenserinnen und Palästinenser als auch der Muslime stärken.

7) Neutralität

Analog zu den Grundrechten ist auch die immerwährende Neutralität Österreichs eine historische außenpolitische Errungenschaft – im Verfassungsrang. Als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs wurde Österreich vom deutschen Imperialismus abgetrennt und zumindest formal auch nicht in die NATO eingegliedert. Die Eliten sollten damit daran gehindert werden, sich abermals an imperialistischen Kriegen und Völkermorden zu beteiligen.

Dieser Geist der Neutralität wird heute von den Herrschenden permanent verletzt

und mit ihrer Unterstützung für das Menschheitsverbrechen des Völkermords an den Palästinensern in sein Gegenteil verkehrt.

Doch warum haben sie die Neutralität dann nicht auch schon formal entsorgt, wenn sie es de facto bereits getan haben? Die Antwort ist ganz einfach: Weil eine überwältigende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung sich für die Neutralität ausspricht, sehr zum Ärger der Regierenden, die daher versuchen, die Neutralität als „aktive Neutralität“ an der Seite der NATO, der EU-Armee und der USA ideologisch neu zu interpretieren und ihres Sinns zu entleeren. Problematisch am Zuspruch der Bevölkerung für die Neutralität ist nur, dass dieses Festhalten bisher überwiegend passiv geblieben ist. Aber das muss nicht so bleiben.

Unser Ziel ist es also, die Neutralität zu verteidigen, die Verfassung in die Tat umzusetzen und damit Österreich von seiner Unterstützung Israels und seines Völkermords abzubringen.

Es ist offensichtlich, dass Neutralität nicht das Gleiche ist wie die Unterstützung für den palästinensischen Widerstand, wofür wir ebenfalls eintreten. Aber darin besteht kein Widerspruch. Denn um die Neutralität auf staatlicher Ebene durchzusetzen, müssen wir den Pro-US-Eliten einen kräftigen politischen Schlag versetzen, wozu wir die Mehrheit der Bevölkerung brauchen. Für die Neutralität ist diese vorhanden. Für die Unterstützung des Widerstands ist das nicht der Fall, auch wenn diese wächst. Als politische Bewegung können und müssen wir für den Widerstand eintreten.

8) Wiedergewinnung des Antifaschismus

So wie nach der Wende 1989/91 die Linke transformiert und in das imperialistische System integriert wurde, so geschah es auch mit dem Antifaschismus. Der Sozialismus war geschlagen und die kapitalistischen Eliten bedurften des Faschismus nicht einmal mehr als letzte Reserve. Vom Verstecken der Schuld und dem Hinzeigen auf den (jüdischen) Kommunismus als Urübel und Feindbild für die Massen wechselten sie zum Schuldeingeständnis. Deutschland und Österreich nahmen die Schuld auf sich, aber nicht nur jene, die das Gräueltat zu verantworten hatten, sondern kollektiv. Damit wurde die Täterschaft der kapitalistischen Eliten verdeckt und von ihnen selbst als „Mitläuferschaft“, als „Produkt der Zeit“ erklärt, mit dem großen Vorteil, nunmehr als geläutert erscheinen zu können.

Eine Begleiterscheinung und Nutzenanwendung der Kollektivschuld war die Verknüpfung des Schuldeingeständnisses mit der systematischen Unterstützung für den zionistischen Kolonialismus. Diese besteht zwar schon seit der Gründung Israels, hat aber mit der Adoption und Adaptierung des Antifaschismus ein „linkes“ Gesicht angenommen und damit an Glaubwürdigkeit gewonnen. Ja, Teile der Linken gehen sogar so weit, zu fordern, dass der Staat Israel aufgrund der Geschichte der Vernichtung der Juden und Jüdinnen der einzige Nationalstaat sei, der Legitimität hätte.

Unsere Aufgabe ist es, den Antifaschismus vom Kopf auf die Beine zu stellen und einen Antifaschismus einzufordern, der auf Internationalismus, Antiimperialismus, Solidarität und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruht, so wie es die KZ-Häftlin-

ge nach der Befreiung im Mauthausen-Schwur universell proklamierten. Demokratie und Selbstbestimmung müssen für alle gelten und jede Form des Imperialismus ist zu bekämpfen.

Der Holocaust darf nicht mehr zur Rechtfertigung der permanenten Nakba an den Palästinensern missbraucht werden, indem mit Verweis auf den Antisemitismus die Kritik an Kolonialismus, Apartheid, Vertreibung und Völkermord mundtot gemacht und diffamiert wird. Denn nicht der Kampf gegen Apartheid, Vertreibung und Völkermord ist antisemitisch, wie Rechte (FPÖ und ÖVP) und zionistisch gewendete Antifa unisono proklamieren und (wie in Deutschland) zur Staatsraison erheben wollen, sondern die Diskriminierung von Jüdinnen und Juden, weil sie jüdisch sind. Kampf gegen Antisemitismus heißt, die Gleichheit der Juden und Jüdinnen mit anderen Religions- und Identitätsgemeinschaften herzustellen, sodass sie im gleichen Gemeinwesen gleichberechtigt leben können. Antisemitismus und Zionismus treffen sich im rassistischen Verständnis der „rassischen“ Andersartigkeit der Juden und Jüdinnen.

Der historische und der von uns wiederaufzubauende Antifaschismus setzt es sich zur Aufgabe, möglichst breite Teile der Bevölkerung gegen die Diktatur des Kapitalismus, gegen die Zerstörung der demokratischen Grundrechte, gegen alle Formen des Rassismus und der Diskriminierung aufgrund kultureller Identitäten, gegen Ideologien der Dominanz, gegen Krieg, Kolonialismus und Imperialismus zu mobilisieren.

9) Islamfeindlichkeit und Säkularismus

Die Art, wie Muslime und Musliminnen zum zentralen Feindbild stilisiert werden, die Institutionen, die zu deren Überwachung und Kriminalisierung geschaffen werden, und die systematische Hetze gegen sie erfüllen heute die gleiche gesellschaftliche Funktion wie der historische Antisemitismus. Letzterer gipfelte in der Folge im Holocaust. Mit der Islamfeindlichkeit und unter dem Schlagwort des „Kampfs gegen den politischen Islam und Islamismus“ wird gleichzeitig ein innerer wie äußerer Feind konstruiert. Dabei geht es auch darum, den antiimperialistischen Widerstand, den die Palästinenserinnen und Palästinenser leisten und den viele muslimische, arabische Menschen unterstützen, zu diffamieren und zu bekämpfen. Es ist zudem eine Strategie Israels, die christlichen und jüdischen Anteile am palästinensischen Volk im Besonderen und unter der arabischen Bevölkerung im Allgemeinen möglichst klein zu machen und die Muslime und Musliminnen kollektiv als antisemitisch darzustellen. Unser Regime nennt das dann „importierten Antisemitismus“ – der historische Antisemitismus, an dem sie Anteil haben, wird im Vergleich dazu als vergangen und überwunden imaginiert.

Muslime und Musliminnen werden als fremd markiert, abgewertet und als bedrohlich dargestellt, um Ängste zu schüren. Das entspricht einer klassisch kolonialen Strategie, um den Unterworfenen die Selbstbestimmung abzusprechen. Dabei waren und sind es Israel und der Westen, die die schlimmsten Diktaturen in der arabischen und islamischen Welt systematisch unterstützen und helfen, alle Emanzipationsbestrebungen der Völker zu unterdrücken – nicht nur in Palästina. Dabei stoßen sie sich auch nicht daran, wenn diese sehr konservative oder gar fundamentalistische Ideologien verbreiten.

Das Scheitern vieler säkularer Widerstands- und Befreiungsbewegungen sowie die Integration daraus hervorgegangener Herrschaftsformen in die westliche Regionalordnung hat zu einer langen Welle der Islamisierung des Widerstands in der Region geführt. Das ist eine unbestreitbare Realität, die man am deutlichsten im Brennpunkt Palästina sieht. Das tut ihrem antiimperialistischen Charakter keinen Abbruch und ist eine mögliche Form der Selbstbestimmung, die sich unter den gegebenen historischen Rahmenbedingungen herausgebildet hat.

Das bedeutet im Umkehrschluss natürlich nicht, dass alle islamischen politischen Bewegungen antiimperialistisch wären, genauso wenig, wie das bei den säkularen Strömungen der Fall war. Und das heißt nicht, dass wir alle Erscheinungen dieser Selbstbestimmungsvarianten gutheißen müssen. Es gibt auch spalterische, konfessionell-sektiererische, gewalttätig-unterdrückerische Gruppen, die dem Widerstand der Völker Schaden zufügen können. Es ist aber verlangt, diese gesellschaftlichen Phänomene zunächst einmal zu verstehen und die spezifischen historischen Zugänge der Bevölkerungsmehrheiten in unseren Kulturen mit Respekt in einen auf allseitige Befreiung ausgerichteten interkulturellen Dialog zu bringen. Das schließt ein, dass wir als Solidaritätsbewegung für alle Konfessionen Platz haben und dabei das Verbindende fördern.

Die Islamfeindlichkeit ist auch deshalb gefährlich, weil sie sich in weiten Teilen der Gesellschaft festgesetzt hat, sowohl oben als auch unten. Sie wird nicht nur von der historischen Rechten betrieben, sondern auch von der gewendeten Linken, den Neoliberalen. Sie wenden die säkularistische Matrix, der zufolge die religiösen Kräfte die Herrschaft der kapitalistischen Eliten absichern (wie das bei vielen christlichen Kirchen lange auch der Fall war), nun auf die Muslime an, die tendenziell auf der Ebene der Massen antiimperialistisch sind. Sie spielen damit das Spiel der herrschenden westlichen Eliten. Sie geben der Islamfeindlichkeit einen linken, aufgeklärten Anstrich und damit auch den westlichen Kriegen und dem israelischen Kolonialismus. Dieser hat sich ja – nachzulesen bei Herzl – von Anfang an als Bollwerk gegen die östliche, islamische Barbarei dargestellt.

Darum bedeutet Palästina-Solidarität auch die Verteidigung der demokratischen Grundrechte, insbesondere jener der besonders unter Druck geratenen muslimischen Bevölkerung, und den Kampf gegen neue Feindbilder.

10) Symbolische Überhöhung und Moralismus

Jede Bewegung hat nicht nur äußere Feinde, sondern auch innere Auseinandersetzungen und Herausforderungen.

Durch das Anwachsen der Solidaritätsbewegung mit den Palästinenserinnen und Palästinensern sind viele Menschen politisiert worden, die sich bisher nicht in Opposition zu dem bestehenden Mainstream sahen. Das ist gut so, ja, sogar sehr gut und fordert von uns eine vermittelnde Position, eine Kommunikation mit neuen gesellschaftlichen Kräften und ihren Positionen.

Wir kommen aus einer langen Periode der Marginalisierung und nach wie vor schei-

nen Israel und der westliche Imperialismus übermächtig. Einige ziehen daraus die Schlussfolgerung, dass wir hier nur eine kleine Randgruppe sind und bleiben werden. Wir wären auf symbolische plakative Aktionen beschränkt, die nur davon Zeugnis ablegen können, dass es auch Andersdenkende gibt. Als Akt der Moral, der nackten Zeugenschaft. Sie kümmert es politisch nicht, wie man Verbündete gewinnen und einbinden will, wie man gesellschaftliche Stimmungen, wie beispielsweise jene in Verteidigung der Neutralität, mit der Palästina-Solidarität verbinden kann oder wie wir eine Bewegung für das Recht auf Meinungsäußerung gegen Kolonialismus entwickeln können.

Eine Tendenz des Linksliberalismus, aus dem auch viele der nunmehr neu politisierten Palästina-Aktivistinnen und -Aktivistinnen herkommen, ist es, ursprüngliche emanzipatorische Ziele von ihrem Kontext abzuschneiden, zu isolieren, zur reinen Chiffre oder zum reinen Symbol zu machen, ohne die konkreten Voraussetzungen der sozialen Gleichstellung und Emanzipation, gleiche soziale und gesellschaftliche Rechte, weiter zu forcieren. Man kann es auch Identitätspolitik nennen, die zu unversöhnlichen Kämpfen führt. Im linksliberalen Kern führt diese Politik dazu, dass Israel und der Westen insgesamt als Bollwerk gegen die Unterdrückung von Frauen und Personen mit anderen Geschlechtsidentitäten in der islamischen Welt inszeniert werden, weil ein Teil des liberalen Zionismus sich dazu bekennt, die systematische Vernichtung gerade von Frauen und Kindern beim Völkermord aber keine Rolle spielt.

Zugleich werden diese identitätspolitischen Fragen von Personen, die die entsprechenden Strömungen repräsentieren, nunmehr in der Palästina-Bewegung zum Thema und zum Ultimatum von Zusammenarbeit und Kooperation gemacht. Oder Palästina selbst wird in ein solches identitäres Symbol der Befreiung transformiert, das gegen Unentschlossene oder Zweifelnde gewandt wird, statt sie an die Historie der Unterdrückung und Vertreibung heranzuführen oder die Bedeutung und das Recht des Widerstands zu vermitteln.

Oft steht das in Verbindung mit einer Konzeption einer organisch reaktionären und obrigkeitshörigen Masse, die von den aufgeklärten Eliten umerzogen und geführt werden müsste. Auch die transatlantische Antifa basiert auf solchen Konzepten. Die Krise der Herrschaftssysteme im Westen, der Hegemonieverlust der Eliten, die wachsenden Konflikte und Widersprüche sowie die sich daraus ergebenden Chancen und Potenziale werden nicht gesehen und erkannt.

Wir müssen mit all diesen Tendenzen und Strömungen in Beziehung bleiben, ihnen konkrete Angebote zur Zusammenarbeit machen, den Austausch aufrecht erhalten – doch dürfen wir uns von ihnen nicht isolieren, nicht in Fehler hineintreiben und vom Handeln in der sich immer mehr bewegenden Gesellschaft und in Bezug auf diese abhalten lassen.

11) Aktivismus und Mitgliedschaft

Wie mehrfach beschrieben, haben wir es seit Beginn des akuten Völkermords mit einer nie dagewesenen Massenbewegung zu tun. So etwas bedeutet automatisch Formen des Aktivismus. Doch durch den Prozess der neoliberalen Entpolitisierung

INITIATIVE PALÄSTINA SOLIDARITÄT

bewegt sich das auf einem elementaren, einem rudimentären Niveau. Wir haben viel Instabilität und wenig Verlässlichkeit erlebt.

Die Initiative Palästina Solidarität will einen Ort für systematischen, konstanten und verlässlichen Aktivismus bieten. Angesichts der Feindlichkeit der Regimeinstitutionen und der sie umgebenden Zivilgesellschaft ist dieser Aktivismus der Grundstein, das Rückgrat, die Schaltzentrale der Palästina-Solidarität.

Das bedeutet, dass IPS auf einer bewussten, aktiven und sich verpflichtenden Mitgliedschaft basiert, die auch die Voraussetzung für interne Demokratie bildet. Ein gewisses Mindestmaß an Engagement und intellektueller Anstrengung, Beteiligung an der Diskussion sowie Disziplin und Verantwortung sind Voraussetzung für die Mitgliedschaft. Das bedeutet auch, nach Maßgabe der sozialen Verhältnisse einen regelmäßigen Mitgliedsbeitrag zu entrichten, der für die Aktivitäten und die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit vom System unerlässlich ist.